Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit der Organisation der Geschäfte der Wahlvorstände (z. B. Berufung in einen Wahlvorstand, Kontaktliste im Wahlvorstand, Niederschrift) verarbeitet und speichert die Samtgemeinde Oderwald personenbezogene Daten von Ihnen. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende **Datenschutzhinweise**:

1. Angaben zum Verantwortlichen
Verantwortlich für die Datenerhebung ist:
Samtgemeinde Oderwald,
Der Samtgemeindebürgermeister,
Bahnhofstraße 6, 38312 Börßum,
Tel.: 05334/7907-0,
E-Mail: posteingang@sg-oderwald.de

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten
Die Kontaktdaten der/des behördlichen Datenschutzbeauftragten lauten:
ecoprotec GmbH
Pamplonastraße 19, 33106 Paderborn
E-Mail: dsb-wolfenbuettel@ecoprotec.de

3. Angaben zum Datenschutzkoordinator
Die Kontaktdaten des behördlichen Datenschutz-koordinators lauten:
Thomas Rosenthal, Bahnhofstraße 6,
38312 Börßum, Tel.: 05334/7907-12,
E-Mail: thomas.rosenthal@sg-oderwald.de

4. Angaben zur Aufsichtsbehörde
Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist:
Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstr. 5, 30159 Hannover,
E-Mail: poststelle@lfd-niedersachsen.de

5. Zwecke/Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung
a) Ihre personenbezogenen Daten werden zur Organisation der Geschäfte der Wahlvorstände (z. B. Berufung in einen Wahlvorstand, Kontaktliste im Wahlvorstand, Niederschrift) erhoben.
b) Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten sind Art. 6 DSGVO, § 9 Bundeswahlgesetz (BWG).

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten
Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.

7. Übermittlung an ein Drittland (außerhalb der EU) oder eine internationale Organisation
Es ist nicht beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten zu übermitteln.

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer
Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies erforderlich ist, um die Geschäfte der Wahlvorstände (z.B. Berufung in einen Wahlvorstand, Kontaktliste im Wahlvorstand, Niederschrift) - auch für zukünftige Wahlen - zu organisieren oder bis die Einverständniserklärung widerrufen wurde.

9. Rechte der Betroffenen
Bei der Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Recht auf Auskunft - Art. 15 DSGVO
Mit dem Recht auf Auskunft erhält der Betroffene eine umfassende Einsicht in die ihn angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbei-tungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Berichtigung - Art. 16 DSGVO
Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, unrichtige ihn angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

Recht auf Löschung - Art. 17 DSGVO
Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die ihn angehenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung - Art. 18 DSGVO
Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der ihn angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtewahrnehmungen durch den Betroffenen ein.

Recht auf Datenübertragbarkeit - Art. 20 DSGVO
Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, die ihn angehenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.

Recht auf Widerspruch - Art. 21 DSGVO
Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit diese durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist.

10. Widerrufsrecht bei Einwilligung
Sie haben in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Samtgemeinde Oderwald, Fachdienst Wahlen, eingewilligt. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird dadurch nicht berührt.

11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde
Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4. dieses Blattes.